



Kein Kohlekraftwerk in Uerdingen

Jede Stimme zählt! - Auch Ihr "NEIN" ist wichtig! Nur noch bis zum 28.06.2010

Noch kann der geplante Bau des Kohlekraftwerkes in Uerdingen gestoppt werden. Es wurde noch keine Genehmigung erteilt. Um weiterhin wirksam die Errichtung des Kohlekraftwerkes zu verhindern brauchen wir Ihre Hilfe. Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Unterschrift den Einwand gegen das Kohlekraftwerk. Je größer die Anzahl der Einwendungen, desto größer der öffentliche Druck gegen das Kraftwerk. Aktuell politische Hilfe oder Unterstützung ist wohl kaum zu erwarten. Wie ernst manche Krefelder Politiker die Gesundheit ihrer Wähler nehmen, sieht man am Beispiel der CO-Pipeline der Firma Bayer.

Die jetzt schon bestehende bundesweit höchste Belastung mit Feinstäuben in Krefeld wird erst gar nicht zur Kenntnis genommen. Desweiteren zerstört das Kohlekraftwerk Natur und Landschaft derart massiv das somit auch die Umgebung nicht mehr für Freizeit



**Letzte Möglichkeit
die geplante
Dreckschleuder in
Krefeld zu verhindern**

Hier wird ein perfides Spiel mit den Ängsten der Bevölkerung um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze zum Nutzen der Energiekonzerne gespielt. Es wird versucht, die Gesundheit der BürgerInnen gegen die Sicherheit von Arbeitsplätzen auszuspielen.

Es wird versucht, den Bau einer „Dreckschleuder“ mit einem Ausstoß von jährlich 500 kg Cadmium, 1.000 kg Arsen, 500 kg Thallium, 2.000 kg Nickel, 600 kg Quecksilber, 6.000 kg Blei, 400.000 kg Staub und 4,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid zu rechtfertigen.

und Erholung zu nutzen ist. Somit wird man dann wohl nicht mehr von Wohn- und Lebensqualität sprechen können. Durch die Entnahme von Rheinwasser zu Kühlzwecken und die anschließende Wiedereinleitung von aufgeheiztem Wasser werden die Pflanzen und Lebewesen im Rhein stark beeinträchtigt.

Aus dem Inhalt:

Keine Dreckschleuder in Krefeld.....	1
Politikwechsel in NRW.....	2-3
Kein Rechtsstaat auch kein Un.....	4-5
Schwarzfärben führt zu Schönfärben....	6-7
TNT-Post behindert Betriebsratwahlen.....	7
Veranstaltungen.....	8
Impressum.....	8

Durch zusätzliche Schadstoffe werden geschützte Lebensräume gefährdet. Zur Energieversorgung des Chemparks ist dieses Klimakiller-Kraftwerk nicht nötig. Erst waren sich die großen Parteien im Stadtrat einig, dass Klima- und Gesundheitsschutz vorgehen. Und nun gibt man den wirtschaftlichen Interessen der Energiekonzerne den Vorrang. Das miese Spiel kann man doch nicht wirklich wort- und tatenlos hinnehmen. Die Partei DIE LINKE. Krefeld hat sich schon im November 2007 mit großer Mehrheit gegen den Bau eines Steinkohlekraftwerkes ausgesprochen. Wir treten ein für eine nachhaltige Energiepolitik zur Schonung unserer weltweit endlichen Ressourcen. Wir treten ein für eine Energiepolitik, die auch ein Leben der nachfolgenden Generationen in unserer Stadt lebenswert macht.

Die Interessen der EinwohnerInnen dieser Stadt dürfen nicht auf dem Altar der Interessen der Großkonzerne und des Kapitals geopfert werden.

Den Politikwechsel in NRW jetzt durchsetzen!

DIE LINKE ist mit zwei zentralen Forderungen in den Landtagswahlkampf gegangen:

-Rüttgers muss weg! Jeder Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Rüttgers! -Wir wollen einen Politikwechsel für mehr Demokratie, freie Bildung und soziale Gerechtigkeit.

Die schwarz-gelbe Landesregierung unter Ministerpräsident Rüttgers hat keine Mehrheit mehr, weder bei den Wählerinnen und Wählern noch im Parlament. Damit ist die unsoziale Politik der CDU/FDP-Regierung und ihr „Privat vor Staat“-Kurs abgewählt worden. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat für ihre Sozialabbaupläne keine Mehrheit im Bundesrat mehr. Mit ihrer Stimme haben die Menschen in NRW deutlich gezeigt, dass sie mit den sozialen Ungerechtigkeiten in diesem Land nicht mehr einverstanden sind und Veränderungen wollen.

Die Menschen in NRW haben den Politikwechsel gewählt, doch SPD und Grüne wollen diesen nicht umsetzen. Sie haben sich wie schon in Hessen, Thüringen und im Saarland jetzt auch in NRW einem Politikwechsel für die Mehrheit der Bevölkerung verweigert. SPD und Grüne haben Scheinverhandlungen aus taktischem Kalkül heraus geführt. Ihr Ziel ist offenbar, einen Teil der eigenen Mitgliedschaft ruhig zu stellen und öffentlich den schwarzen Peter den LINKEN zuzuschieben. Die Befürworter einer großen Koalition haben sich in der SPD durchgesetzt. Die Grünen haben immer erklärt, auch zur Koalition mit der CDU bereit zu stehen. Der schwarze Peter heißt aber in Wirklichkeit Jürgen Rüttgers und ist der lachende Vierte. Nach einem offenbar nur vorgegaukelten Lagerwahlkampf sollen die käuflichen Politiker von der CDU nun Partner der SPD werden. Der Traum von gebührenfreier Bildung, von längerem gemeinsamem Lernen, von der Entmachtung der Energieriesen zugunsten von kommunaler bezahlbarer Energieversorgung ist in weite Ferne gerückt.

SPD und Grünen behaupten, die Sondierungsgespräche seien an unserem ungeklärten Verhältnis zu Demokratie und DDR gescheitert. Das ist eine Verdrehung

der Tatsachen: Vielmehr hat DIE LINKE in dem Sondierungsgespräch ohne wenn und aber deutlich gemacht, dass die DDR für sie kein demokratischer Rechtsstaat, sondern eine Diktatur war. DIE LINKE war auch bereit, eine gemeinsame Erklärung als Präambel zu einem Koalitionsvertrag zu vereinbaren, in der analog des SPD-LINKEN-Koalitionsvertrages in Brandenburg diese Haltung unmissverständlich klargestellt wird.

SPD und Grüne wollen mit ihrer Lüge davon ablenken, dass sie gar nicht bereit waren, mit der LINKEN in ernsthafte Gespräche über einen Richtungswechsel für NRW einzutreten.

Offensichtlich wollen SPD und Grüne landespolitisch dort weitermachen, wo sie 2005 aufgehört haben: Die Politik der von 1995 bis 2005 amtierenden SPD-Grünen Landesregierung, insbesondere des „Düsseldorfer Signal“, war neoliberal geprägt, gegen die ArbeitnehmerInnen in NRW gerichtet und diente in vielen Bereichen für Schwarz-Gelb als "Einfallstor" für später von der Regierung Rüttgers noch drastisch verschlechterte Regelungen und Gesetze. Dazu gehören das Kinderbildungsgesetz KIBIZ, die Verschlechterung des Personalvertretungsgesetzes, oder die Studiengebühren, die von SPD und Grünen längst mit dem Studienkonzeptmodell vorbereitet waren.

In dem Sondierungsgespräch ließen SPD und Grüne entgegen ihren Programmen erkennen, dass sie die WestLB privatisieren wollen. Zudem haben sie beharrlich unsere Bereitschaft eingefordert, bis zu 8.700 Stellen im Landesdienst zu streichen, obwohl sie selbst insbesondere für den Bildungsbereich noch im Wahlkampf den deutlichen Ausbau von Stellen versprochen haben. Ganz klar machten beide Parteien, dass ihre Wahlversprechen zur Schaffung von bis zu 200.000 neuen Arbeitsplätzen in NRW nicht mehr als heiße Luft sind: Beide wollen kein wirkliches Investitionsprogramm zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in NRW auflegen, sondern lediglich bereits vor-

handene EU-Förderprogramme umschichten und wirtschaftliche Anreize geben. Auf die Forderung der LINKEN nach der Einlösung der Wahlversprechen antwortete **Hannelore Kraft** wörtlich: **"Jetzt ist die Wahl vorbei, jetzt werden die Wahlprogramme einem Realitätscheck unterzogen."** Für DIE LINKE hingegen gilt: **Wir sind für die Wählerinnen und Wähler verlässlich und original sozial – auch nach der Wahl.**

Fest steht: DIE LINKE wird keine Regierung unterstützen, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau vornimmt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen deutlich verbessert. Alles andere wäre nichts als die Fortsetzung der CDU-FDP-Politik der vergangenen Jahre in anderem Gewand.

DIE LINKE steht für den Politikwechsel in NRW und streitet für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie und der nachhaltigen ökologischen Gestaltung. Sie hat sofort im ersten Anlauf den Sprung in den nordrhein-westfälischen Landtag geschafft. Zentraler Bestandteil eines Politikwechsels in NRW sind für DIE LINKE die Einführung eines landesweiten Sozialtickets im öffentlichen Nahverkehr, die Einführung eines Tariftreuegesetzes, die sofortige Abschaffung der Studiengebühren, die Einführung „Einer Schule für Alle“, die Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden unter anderem durch die Einrichtung eines Landesfonds zur Entschuldung strukturschwacher Kommunen sowie eine Bundesratsinitiative für einen solide finanzierten Politikwechsel durch eine andere Steuerpolitik zu Lasten von Millionären und Konzernen. Gleichzeitig geht es uns darum, den Sozialabbau in Deutschland verbindlich im Bundesrat zu stoppen. Wir streiten für eine Politik, die die internationalen Finanzmärkte kontrolliert, anstatt wie jetzt selbst unter dem Diktat der internationalen Finanzmärkte und ihrer Spekulationsblasen zu stehen.

Nicht die Mehrheit der Bevölkerung, sondern private Banken, Spekulanten und Finanzprofiteure, die die Krise verursacht haben, müssen zahlen.

Für die Einleitung eines grundlegenden Politikwechsels im Interesse der Mehrheit der Menschen in unserem Land sind wir auch nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche zwischen SPD, Grünen und der LINKEN zu Gesprächen bereit. Ein Politikwechsel wird an uns nicht scheitern, aber wir biedern uns nicht an. Entscheidend ist, was dabei an positiven Veränderungen für die Menschen in NRW herauskommt. Und das werden wir mit eigenen Anträgen und Initiativen im NRW-Landtag unter Beweis stellen. Wir hoffen nach wie vor auf die Vernunft und eine kritische Basis von SPD und Grünen. Wir appellieren an die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, der Sozial- und Umweltverbände und der Erwerbslosenbewegung, der SchülerInnen- und Studierendenbewegung: Übt Druck auf SozialdemokratInnen und Grüne aus, damit sie sich einem Politikwechsel nicht mehr verweigern. Nach der Konstituierung des Landtags beantragt unsere Landtagsfraktion die sofortige Abschaffung der Studiengebühren, so wie es in Hessen passiert ist.

Unser Erfolg wie jetzt in NRW verändert nachhaltig die kulturelle und politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland; wir sind eine gesamtdeutsche LINKE Partei, und wir werden in alle weiteren westdeutschen Landtage einziehen, um dieses Land parlamentarisch wie außerparlamentarisch zu verändern.

DIE LINKE will einen neuen Stil in der Politik praktizieren. DIE LINKE wird die Öffentlichkeit und die Mitglieder der Partei regelmäßig und transparent über wichtige Schritte und Ergebnisse informieren, Foren des Gesprächs auf Orts- und regionaler Ebene einrichten und sicherstellen. Das letzte Wort über alle wichtigen Entscheidungen liegt bei den Mitgliedern. Die Politik wieder aus den ‚Hinterzimmern der Macht‘ herauszuholen, auch das ist Teil unseres Politikverständnisses.

DIE LINKE ist anders als andere Parteien. DIE LINKE will die Debatte über einen Politikwechsel nicht auf das Parlament begrenzen, sondern daran mitwirken, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu verändern. Als Teil der sozialen Bewegungen suchen wir den Rat und die Kritik der Gewerkschaften, der außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen, der Kirchen, der Bürgerinitiativen, der Menschen in NRW. Um dies zu unterstreichen, werden wir demnächst diese Organisationen zu einem Ratschlag über unsere gemeinsamen Ziele und Aufgaben einladen: um alle Ansätze für eine Fortführung einer Politik des Sozialabbaus gemeinsam wirksam bekämpfen zu können. Nur gemeinsam mit außerparlamentarischen Kräften kann DIE LINKE im Parlament Erfolg haben und der Widerstand gegen den Abbau sozialer und demokratischer Rechte und für Alternativen letztlich erfolgreich sein.

Dieses basisdemokratische Politikverständnis ist für uns eine Konsequenz aus der Geschichte der Linken in Ost und West. Wir wollen Politik weder als Avantgarde noch mit Gewalt durchsetzen. Deshalb sind Offenheit und Pluralität für uns elementare Bestandteile unseres Parteilebens.

Doch genau dieses Politikverständnis war es, das SPD und Grüne tatsächlich als Hinderungsgrund bezeichneten, das sie als „unzuverlässig“ deklarieren. Sie wollten die Zusage, dass wir jederzeit die Garantie für unsere Gremien und Mitglieder abgeben, einem Regierungshandeln nicht öffentlich zu widersprechen und keine Kritik zu üben. Doch Kritik ist das Lebenselixier der Demokratie, die Forderung nach einer autoritären Politik, die von oben nach unten erzwungen wird, lehnen wir tatsächlich entschieden ab.

Denn als LINKE stehen wir nicht nur für Soziale Gerechtigkeit, das Recht auf Existenz sichernde Arbeit, die Umverteilung von Reichtum und das Recht auf gleiche Bildungschancen. Wir stehen entschieden für mehr und nicht für weniger Demokratie. Wir fordern von der SPD, den Willen der Wählerinnen und Wähler für einen sozial-ökologischen Politikwechsel zu respektieren und entsprechen zu handeln. Wer statt dessen mit dem haushohen Wahlverlierer CDU Gespräche führt und auf Neuwahlen spekuliert, missachtet die Hoffnungen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie.

NRW braucht endlich einen Politikwechsel - dafür steht DIE LINKE jederzeit bereit! .



Neun von elf Mitgliedern der Landtagsfraktion der LINKEN im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Zur laufenden DDR Diskussion möchten wir mit den folgenden zwei Artikeln von Friedrich Schorlemmer unseren Beitrag leisten.
Friedrich Schorlemmer, ehemaliger DDR Bürger, Theologe, Schriftsteller und Bürgerrechtler.

Kein Rechtsstaat. Aber deswegen doch kein Unrechtsstaat

Bautzen, Waldheim, Willkür, Alternativlosigkeit, keine Gewaltenteilung – das alles war die DDR (auch) ...

»Es war ja nicht so, dass ein idealer Staat auf einen verdammenswerten Unrechtsstaat stieß. Die alte Bundesrepublik hatte auch Schwächen, die DDR auch Stärken.« Mit seinem Interview-Hinweis (FAS), das Leben in der DDR differenziert zu betrachten, löste Erwin Sellering (SPD), Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, heftige Kritik bei CDU, eigener Partei und Ex-Bürgerrechtlern aus. Dagegen bekräftigt FRIEDRICH SCHORLEMMER das Mühen um eine weniger einseitige Geschichtsbetrachtung.



Foto: Robert Michel

Wer heute als Demokrat zu sagen wagt, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen, kann sich des öffentlichen Zorns sicher sein. Mit Pawlowschem Reflex schreien einschlägige Figuren im Politgeschäft »Verharmlosung! Beleidigung der Opfer! Rücktritt!« und Ähnliches.

Der nun fast zwanzig Jahre währende Versuch einer Generaldeligitimierung der DDR nimmt selber schon totalitäre Züge an – als ob Differenzierung schon Bagatellisierung, als ob Erklärung des Systems schon Verklärung bedeutete. Jene Formel taugt nicht zur umfassenden Charakterisierung der DDR als politischem System, schon gar nicht des alltäglichen Lebens der Bürger in der DDR. Diesen totalitären Staat mit einer totalitären Formel zu erledigen, bedeutet in der Konsequenz, dass man ihn an die Seite, gar auf gleiche Höhe mit dem Unrechtsstaat der deutschen Geschichte schlechthin, dem Hitler-Goebbels-Himmler-Staat

stellt. Was Unrechtsstaat ist, konnte man in einer ZDF-Sendung »History« vor wenigen Tagen von Ermächtigungsgesetz bis »Röhmputsch« beklemmend erkennen.

(Da lob ich mir die DDR!)

Wenn man die DDR als einen Unrechtsstaat bezeichnet, so wird mangelnder Widerspruchsmut und feige Anpassung der Masse der Bürger verständlich, verzeihlich gemacht, wenn nicht gar entschuldigt, so, als ob es nur um die Alternative »Sich unterwerfen« oder »Nicht mehr leben können« gegangen wäre. Wenn die DDR ein Unrechtsstaat war, wird jeglicher Widerspruch der zu Wenigen heroisiert und das Gehorchen, das Mitmachen und Mitlaufen zu Vieler bagatellisiert.

Freilich wird nie zu verschweigen sein, was Bautzen und Waldheim bedeuteten, was willkürliche Enteignung oder Rechtlosigkeit in politischen Prozessen anlangte, was zynisch Aktion »Ungeziefer« genannt wurde und Zwangsumsiedlung aus dem Grenzbereich war – und vieles mehr an Unrecht, Leid. Es ist richtig, dass die DDR unter festgeschriebenem Führungsanspruch der SED keine politischen Alternativen zuließ, nicht einmal innerhalb dieser Partei, und dass jegliche Opposition kriminalisiert wurde. Die DDR war ein Einheitsstaat, nämlich ohne Gewaltenteilung, und die SED teilte nach ihrem Gutdünken Kompetenzen zu.

Der Einheitsstaat unter Führung der SED proklamierte eine Einheitsgesellschaft, in der Staat, Regierung und Gesellschaft sich angeblich ganz einig waren, alles einmütig beschlossen oder aber in Wahlen, die gar keine Wahl ließ, feierlich bestätigte. Ob die Herrschenden sich dieser Selbst-täuschung bewusst waren oder ob sie wirklich ihren Bürgern trauten, kann man nicht offen lassen, denn sonst hätten sie nicht einen solchen riesigen Sicherheitsapparat aufgebaut. Die SED-Führung litt Jahrzehnte lang an

einer Art Wirklichkeitsallergie. Das Mitmachen, gar die Überzeugung oder Begeisterung vieler für ihren »sozialistischen Friedensstaat« kann man dann besser verstehen, wenn man sich klar macht, dass dieser Staat nach seinem eigenen Selbstverständnis seinen Bürgern dienen, den Frieden sichern, Gerechtigkeit schaffen, für die einfachen, arbeitenden Menschen neue Chancen eröffnen, Ausbeutung abschaffen, Arbeit, Wohnung, Bildung garantieren, kulturreiches Leben für alle ermöglichen wollte. Die DDR war ein Sozialstaat, der wenig Freiheit ließ, aber keinen durchs Netz fallen lassen wollte.

Die DDR war kein Rechtsstaat., sofern man darunter ein einen Staat mit funktionierender Gewaltenteilung versteht. Aber sie wurde von vielen als ein Sozialstaat erlebt: Eine Kriegswitwe, die sich als Waschfrau verdingen und vier Söhne durchbringen musste, die sie schließlich ohne Finanzsorgen studieren lassen konnte, wird summa summarum gute Erinnerungen an die DDR haben, ebenso eine vor Pinochet geflohene junge Frau, die hier Medizin studieren konnte und jetzt Präsidentin Chiles wurde. Ganz zu schweigen von den KZ-Überlebenden, die VVN-Rente bezogen haben.

.....
Der Deutungskampf über die DDR-Geschichte verläuft immer noch nach den politischen Gesetzen des Kalten Krieges: Hier die Guten, da die Bösen. Das ist einer demokratischen Diskussionskultur unwürdig und verhindert bei denen, für die die DDR ihr Lebensprojekt war, kritische Rückschau.

.....
Das alles hatte eine fatale Voraussetzung: Die Unterwerfung unter den Führungsanspruch der SED, politisch, ideologisch, ökonomisch.

Der Gehorsam wurde mit Wohltaten belohnt, die kommunistische Überzeugung mit Karriereaussichten verbunden, jeglicher Widerspruch oder Widerstand – je nach politischen Gutdünken – mit abschreckenden Repressionen bedacht. Es gab ein sehr eingeschränktes Recht des Einzelnen gegenüber dem Staat, der – in unheilvoller Verquickung von Partei- und Staatsorganen – den Gefügigen durchaus dienlich war und wegen seiner humanistischen Ziele ebenso vielen die Augen oder den Verstand für die Wirklichkeit verklebte. Oder mit »Parteilichkeit der Wahrheit« die Kunst des Schielens perfektionierte. Rechtlos war jeder, der in die Fänge der Stasi oder gar in deren Untersuchungsanstalten eingeliefert wurde. Auch die Militärjustiz mit der Drohung, nach Schwedt zu kommen, war abschreckend, war schreiendes, für Betroffene nachwirkendes Unrecht. Die Art, wie politische Prozesse geführt wurden (ganz unter Ausschluss der Öffentlichkeit), gehörte zu jenem politischen Unrecht, das nicht zu beschönigen ist.

Zugleich muss man im Blick behalten, dass es im Zivilrechtlichen eine Gesetzgebung gab, die sich durchaus in manchem dem BGB angelehnt hatte. Man denke an Arbeits-, Familien-, Jugendschutz-, Verkehrs- und Handelsrecht. Die DDR war ein Einheitsstaat unter festgeschriebener Führung der SED, die dem objektiven Verlauf der Geschichte praktische Gestalt zu geben beanspruchte – im Interesse des Friedens, der Völkerverständigung und der Gerechtigkeit.

Wer einmal diesen Zielen sich verschrieb und dabei ein bestimmtes Parteilichkeits- und Feindbilddenken mitvollzog, konnte mit gutem Gewissen mitwirken, bestimmt von einem Konglomerat aus Überzeugung und Angst, aus einer rührseligen und pathetischen Mischung aus Friedensliebe und Anerkennung der Militarisierung der Gesellschaft.

Die »Unrechtsstaat«-Formel trägt nicht. Denn mit dieser Formel ist nicht alles gesagt, was über durchaus glückendes Leben im Staat, und zwar neben dem Staat, unbeeindruckt vom Staat, in Alternativkulturen und trotz dieses Staates gesagt werden muss.

Wer die Generalverurteilungsformel kritisiert, will nicht relativieren, sondern präzisieren, will weder beschönigen noch dämonisieren. Der Deutungskampf über die DDR-Geschichte ist in vollem Gange und verläuft immer noch nach politischen Gesetzen des Kalten Krieges: Hier Gute da Böse. Das ist demokratischer Diskussionskultur unwürdig und verhindert bei denen, für die die DDR ihr Lebensprojekt war, kritische Rückschau. Es gibt wahres Leben im falschen System, weil es das richtige Leben im richtigen System wohl nie geben wird. Der freiheitliche Staat ist übrigens gerade dabei, seine sozial-ökonomische Grundlage global aufs Spiel zu setzen.

Mit Ende des Sowjetsystems verlieren die westlichen Demokratien immer mehr das Gleichgewicht zwischen bürgerlichen und sozialen Freiheitsrechten. Das rührt inzwischen an die Grundlagen des Rechtsstaats, der nicht zuletzt von der Akzeptanz seiner Bürger lebt.

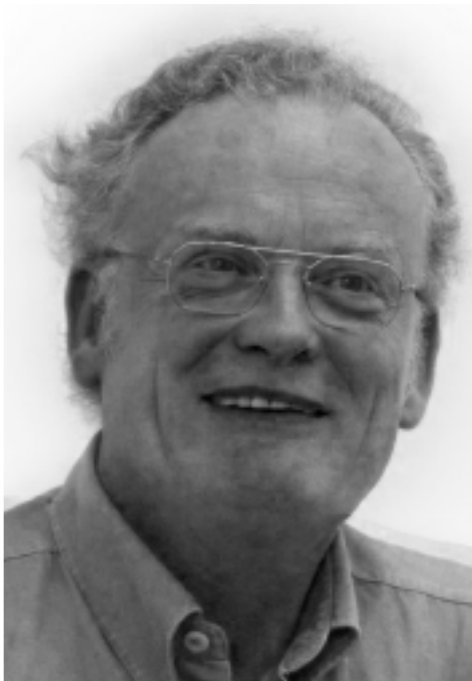


Foto: ND/Burkhard Lange

Friedrich Schorlemmer, geb. 1944, ist Theologe, Essayist. Der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels war Oppositioneller in der DDR.

Abdruck des Artikels mit freundlicher Genehmigung des Neuen Deutschland.

www.Neues-Deutschland.de

DIE LINKE. im Rat der Stadt Krefeld
Von-der-Leyen-Platz 1
47798 Krefeld
Telefon 0 21 51 / 862 012
Fax 0 21 51 / 862 099
E-Mail: linke-ratsgruppe@krefeld.de

Öffnungszeiten;

Büro

Dienstag

von 15:00 – 18:00 Uhr

Donnerstag

von 09:00 – 12:00 Uhr

Raum C 26

im Rathaus Krefeld



Mitmachen beim Bildungsstreik

info@dielinke-krefeld.de

„Schwarzfärben führt zu Schönfärben“

Der Theologe Friedrich Schorlemmer äußert sich im OZ-Gespräch zum Streit über den Unrechtsstaat DDR, Bürgerrechtler und Bürgerrächer, über friedliche Revolution und Mauerdurchbruch.

OSTSEE-ZEITUNG: Wieso führen wir 20 Jahre nach dem 9. November eine Debatte, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht?

Friedrich Schorlemmer: Der Kampf um die Deutungshoheit über die DDR ist längst in vollem Gange. Das gerät leider zu einer Verschleierungs- und Verschiebungsdebatte, die im großen Jubiläumsjahr noch einmal verschärft und vereinseitigt wird. Es gibt einen irrationalen nachholenden Antikommunismus, eine Art Totentanz auf dem Leichnam, um bloß nicht wahrnehmen zu müssen, welche Fragen nach dem Ende des Sowjetsystems unbeantwortet liegen geblieben sind. Die Welt steht vor der Herausforderung, eine globale Wirtschaftsordnung zu schaffen, die die Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen nicht zerstört, die der Finanzwirtschaft Zügel anlegt, die die Klimaveränderung auf ein erträgliches Maß begrenzt und das Millenniumsziel, bis 2015, die Armut zu halbieren, nicht vergisst.

OZ: War die DDR ein Unrechtsstaat?

Schorlemmer: Die DDR hat sich dem bürgerlichen Verständnis von Staat mit wirklicher Gewaltenteilung nie angeschlossen. Sie wollte ein sozialistischer Staat sein, der seinen Bürgern nach politisch-ideologischer Maßgabe Arbeit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Kultur, Bildung und Gesundheitsfürsorge bietet, wo man keine Sorge vor Obdachlosigkeit oder Hunger haben muss. Es war ein totaler Versorgungsstaat mit einer Zielutopie, für die selbst Mittel Recht waren, die grobes Unrecht darstellten. Es war ein „Friedensstaat“ der Arbeiter und Mauern. Ein von der SED verordnetes Paradies mit Austrittsverbot. Aber mit dem Begriff Unrechtsstaat wird man dem nicht gerecht. Doch die Opfer der Repression brauchen Beachtung, Fürsorge und Entschädigung.

OZ: Das sagen Sie trotz politischer Strafjustiz, trotz Bautzen?

Schorlemmer: Man muss das Unrecht, das es gab, auch Unrecht nennen. Ich bin frei davon, die abschreckende politische Strafjustiz in irgendeiner Weise zu rechtfertigen, frei davon, die ideologische Anmaßung der SED klein zu reden. Und doch war all das nicht für das ganze Leben in der DDR bestimmend. Es gab wahres Leben im sogenannten falschen System, aufrechtes Leben inmitten gebückter Gehorsamkeit. Es gab in der DDR große Kunst – Theater, Literatur, Malerei – und immer wieder Auf- und Ausbrüche aus der Enge. Das darf heute nicht erneut ausgegrenzt werden, wie etwa in der Ausstellung im Gropiusbau in Berlin.

OZ: Darf ein Mann aus Nordrhein-Westfalen, auch wenn er Ministerpräsident in MV ist, das Diktum Unrechtsstaat in Frage stellen?

Schorlemmer: Ja, das darf er, wenn seine Bemühungen ehrlich sind, wenn er verstehen will, was es hieß, in der DDR gelebt zu haben, vielleicht sogar überzeugt gewesen zu sein, ohne Verbrecher zu sein. Wenn er den Menschen mit ihrer Lebensleistung, aber auch mit ihren Idealen, die missbraucht worden sind, gerecht werden will, dann darf er so etwas sagen. Er darf es nur dann nicht sagen, wenn es politisches Kalkül ist für eine Landtagswahl. Ich glaube, er meint es ehrlich. Was er jedoch nicht hätte sagen dürfen, war, dass es in der DDR nur einen Schuss Willkür gegeben habe. Das war ein Fehlschuss. Es war ein Staat, in dem sehr viel Unrecht geschehen ist. Aber die DDR war kein Schreckensstaat.

OZ: Die Bundeskanzlerin besteht aber auf dem Begriff Unrechtsstaat.

Schorlemmer: Mit diesem Begriff rückt die Pfarrerstochter aus Templin die DDR in die Nähe zum deutschen Unrechtsstaat, zum Nazi-System. Das ist verlogen und hat offenbar mehr mit dem Wahlkampf gegen die Linke zu tun, als mit wirklichem Erleben. Wenn Bürger, die die DDR erlebt haben ein anderes Urteil über diese Zeit, diese Gesellschaft und dieses Leben fällen, dann wird das nur allzu leicht als Verklärung, als nostalgisch-beschönigende Einfärbung denunziert. Oder man wird uninformiert genannt, sofern man nicht den fest gefügten Vorurteilen des Forschungsverbundes SED-Staat oder denen des Leiters der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen folgt. Es ärgert mich, wenn die studierte und promovierte Physikerin, die einstige FDJlerin Angela Merkel, auf Aburteilen besteht und auf jene Differenzierungen verzichtet, die Sellering zu Recht einfordert. Es gab in der DDR die im Grunde unsinnige Frage: Bist du für den Frieden? Der Tanz um den Unrechtsstaat folgt diesem Muster.

OZ: Ihr DDR-Urteil klingt milde.

Schorlemmer: Ich verteidige heute nicht, was ich früher angegriffen habe. Die SED-Herrschaft bietet genug Material für Abschreckendes. Aber sie ist freilich nicht zu verstehen, ohne den Zusammenhang von 1933, 1939 und 1945 mit folgendem Kalten Krieg unter gegenseitiger Abschreckungsdrohung, mit Eisernem Vorhang und dem internationalen Wettkampf der Systeme. Ich warne davor, die DDR in Gänze zu dämonisieren, weil genau das die Gegenreaktion der Verklärung hervorruft.

weiter nächste Seite

original - sozial

TNT- Post Management behindert Betriebsratswahlen in Krefeld / Moers

Schwarzfärben führt zum Schönfärben. Ich bin sehr dafür, mit Abstand und Freude darüber zu reden, was wir in einer einmaligen friedlichen Revolution überwunden haben zugleich zu fragen, welchen großen Herausforderungen wir uns heute mit der Entfesselung der globalen Marktwirtschaft zu stellen haben.

OZ: Warum wollen Sie nicht mehr Bürgerrechtler genannt werden?

Schorlemmer: Ich wehre mich nur gegen den Zusatz „ehemaliger“. Und ich ärgere mich furchtbar darüber, dass einstige Bürgerrechtler in der DDR bisweilen zu unerbittlichen Bürgerrächern geworden sind, die nur noch auf die untergegangene DDR starren, statt auch über heutiges Unrecht zu reden.

OZ: Fünf Tage vor dem Mauerfall haben Sie in Berlin vor einer Million Menschen gesprochen. Hatten Sie da eine Ahnung, was fünf Tage später geschehen würde?

Schorlemmer: Nein. Und ich hatte zu diesem Zeitpunkt auch nicht die geringste Sehnsucht nach dem, was man heute fälschlicherweise den Mauerfall nennt.

OZ: Wieso fälschlicherweise?

Schorlemmer: Die SED wollte in die Geschichte eingehen als diejenige Kraft, die das Öffnen der Mauer veranlasste. Aber das ist falsch. In Wahrheit konnten die Krenz, Schabowski und Co. nur noch verhindern, dass die Mauer gestürzt wurde. Herr Schabowski, für mich der Prototyp des zynischen Wendehalses, gab mit seiner verunglückten Verkündung der Reiseregulung nur den Anlass. In Wahrheit nahm sich das Volk das Recht, die Mauer zu überwinden. In Wahrheit war es kein Mauerfall, sondern ein Mauerdurchbruch.

Interview: R: ZWEIGLER

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Ostseezeitung

www.ostsee-zeitung.de

Nach der Liberalisierung des Postmarktes versuchen sich immer mehr „private Briefdienste“ auf dem ansonsten durch die Deutsche Post AG dominierten Markt zu etablieren. Zumeist geschieht dies mit einem ruinösen Wettbewerb der allein auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Mit zunehmend schlechten Arbeitsbedingungen und Löhnen die weit unter dem Existenzminimum liegen.

Der Briefdienstleister TNT Post macht hierbei keine Ausnahme.

Die Löhne der Beschäftigten beginnen bei 7.50 € die Stunde, wobei es kaum Vollzeitverträge gibt, so dass viele Beschäftigte auf Hartz IV angewiesen sind.

Abmahnungen und Pflichturlaubstage sind die Regel und auf Arbeitskleidung warten die meisten Beschäftigten Monate. Somit haben sich Beschäftigte der TNT Post Niederlassung Krefeld Moers auf den Weg gemacht einen Betriebsrat zu wählen.

Der vom Gesamtbetriebsrat eingesetzte Wahlvorstand bekam dann auch umgehend eine Benachrichtigung des vom Arbeitgeber beauftragten Rechtsanwalts.

Ohne rechtliche Prüfung wurde die Existenz eines Wahlvorstandes, sowie auch die Existenz eines Gesamtbetriebsrates bestritten.

Der Arbeitgeber verweigerte die Herausgabe der Beschäftigtenliste ohne die der Wahlvorstand keine Wählerliste aufstellen kann. Um die Wahl doch noch durchführen zu können wurden die Mitarbeiter durch den Wahlvorstand aufgefordert sich in die Wählerliste eintragen zu lassen.

Viele kamen dieser Aufforderung nach und somit konnte am 29.5.2010 die Betriebsratswahl durchgeführt werden.

Allerdings nicht in den Räumen der TNT Post. Dem Wahlvorstand wurde der Zutritt zum Betrieb verweigert. So musste die Wahlurne auf der Straße vor dem Betrieb in der Erkelenzstr. 77 in Krefeld aufgestellt werden. Das Wahlergebnis gibt den Kollegen allerdings recht, wurden doch alle fünf ver.di Kandidaten in den Betriebsrat gewählt.

Kontakadresse: Herma Janßen,
ver.di, herma.janssen@verdi.de, Tel.: 0170/9232715



Wahlvorstand vor der TNT Post in der Erkelenzstr. 77 in Krefeld, Gudrun Cole und Dieter Klever.

www.dielinke-krefeld.de

Impressum.
V.i.S.d.P.:
Heidrun von der Stück
Tackheide 88
47804 Krefeld
(02151) 446 86 64

www.dielinke-krefeld.de

Mitmachen schafft Vielfalt!

Haben Sie Ideen Vorschläge oder Anmerkungen. Ihnen Stinkt etwas. Sie möchten die rote Krähe in elektronischer Form bekommen. Sie sind interessiert an Informationen von uns. Sie möchten mitmachen. Sie möchten uns unterstützen. Sie haben ein Anliegen an die Redaktion.

Wenden Sie sich an:
info@dielinke-krefeld.de



Vorankündigung:

Das Bündnis

"Krefeld für Toleranz und Demokratie" veranstaltet das Fest ohne Grenzen am **4. September 2010** nähere Informationen werden auf der Web-Seite

www.krefeld-ohne-nazis.de

bekannt gegeben.



Gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau
Aufruf zu Demonstrationen am Samstag, den **12. Juni**, in Berlin und Stuttgart

www.kapitalismuskrise.org

Busfahrplan von NRW nach Stuttgart:

Abfahrt Essen 5.30Uhr, Busparkstreifen Freiheit Südseite Hbf,
Abfahrt Köln 6.30Uhr, Busparkplatz Komödienstr. nahe Hbf/Domplatte.
Ankunft in Stuttgart ca. 11.00 Uhr.
Zurück **Abfahrt Stuttgart 15.30Uhr**, Köln ca. 20.00 Uhr, Essen ca. 21.00Uhr.
Preis pro Person 10,-€, 20,-€ Solitiket, Ermäßigung bei Begründung möglich.